

Chaos an Universitäten beenden – Faymann und Pröll sind gefordert

Eva Glawischnig & Kurt Grünwald

28. Oktober 2009

Immer mehr Studierenden protestieren über ihre Arbeitsbedingungen an österreichischen Universitäten während der verantwortliche Minister sein Glück nun in Brüssel sucht. Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Pröll betrachten die Misere an den Unis aus der Loge und setzen auf Zeit. Irritiert über die derzeitige Diskussion um Wiedereinführung der Studiengebühren und Zulassungsbeschränkungen, die letztlich nur über jahrelange Versäumnisse österreichischer Hochschulpolitik hinweg hinwegtäuscht, greifen Studierende zu Kampfmaßnahmen. Sie haben dafür die volle Solidarität der Grünen.

Die weitgehend fehlende Auseinandersetzung mit den Erfordernissen von Lehre und Forschung und eine geradezu aufreizenden Unkenntnis darüber welches Umfeld und welche Ressourcen eine qualitätsgesicherte und konkurrenzfähige Forschung und Lehre benötigen, bedingen eine rückwärts gewandte und defensive Bildungs- und Forschungspolitik der Bundesregierung. Halbherziges politisches Agieren ohne langfristige, klare Zielsetzungen über die Aufgaben von Universitäten und Fachhochschulen sind verantwortlich für ein hochschulpolitisches Vakuum, das nicht mit ständig sich wiederholenden Feuerwehr- und Notwehrreaktionen und einem unwürdigen Schwarzen Peter Spiel zu beseitigen ist.

Die Grünen wünschen sich mehr Studierende, nicht weniger. Dazu müssen die Ressourcen der Unis verbessert und die Qualität der Studien gesichert werden. Das uneingeschränkte und völlige Öffnen aller Studienrichtungen wird daher dem Ist-Zustand der Universitäten nicht gerecht. Die Grünen fordern ein Strukturpaket Universitäten und eine Bildungsmilliarde. Die Bundesregierung betreibt hier eine Defensivstrategie. Wir wollen eine Vorwärtsstrategie und stellen daher folgende ...

... grüne Forderungen:

1. Der im September 2008 mit Mehrheit im Parlament beschlossene Antrag zur besseren Ausstattung der Unis muss umgesetzt werden:
 - Finanzierung besserer Betreuungsverhältnisse (mehr Hochschullehrerinnen).
 - Schluss mit der Unterfinanzierung österreichischer Universitäten und FHS. Strikte und nachhaltige Finanzierung eines expansiven Budgetpfads mit dem Ziel bis 2020 2% des BIP für Universitäten und FHS zu sichern.
 - Notwendige Sanierungsmaßnahmen und Neubauten im Bereich von Unis und FHS im Rahmen eines „Konjunkturpaktes Wissenschaft“ vorziehen.
 - Die Zahl der StudienbeihilfebezieherInnen muss rasch auf den EU Schnitt gehoben und dann stufenweise den skandinavischen Ländern angepasst werden.

2. Die Lethargie im diplomatischen Bemühen eine EU-kompatible Lösung bezüglich unbalancierter Studierendenströme zu erzielen ist sofort zu beenden.
 - Die Grünen favorisieren das skandinavische Modell. Ein gemeinsamer Budgettopf wird von einem zwischenstaatlich definierten Prozentsatz der universitären Bildungsausgaben gespeist und dieser gleicht einseitige Studierendenströme durch Transferzahlungen aus.
 - Wie bei Forschung und Entwicklung sollte die EU auch bei der universitären Bildung und deren Budgetierung Empfehlungen auf hohem Niveau aussprechen. Einzelne Mitgliedsländer müssten dann ihre restriktiven Zulassungsverfahren lockern und sich mit allen Konsequenzen zum Mehrwert der Bildung, der sich auch in höheren Studierquoten manifestiert, bekennen
3. Durch einen Oberstufenreform und einen weniger abrupten Übergang von Schule zu Universität, sowie durch geeignete Formen von Einstiegsemestern ist die Treffsicherheit der Studienwahl zu verbessern.
4. Die Diskussion über qualitative und quantitative Bildungsziele im Tertiärbereich ist offensiv, transparent und sachlich zu führen.
 - Notwehraktionen und Notfallverordnungen wie Zugangsbeschränkungen müssen zeitlich befristet sein und sollen durch eine klare Vorwärtsstrategie mit Schwerpunkt Bildung und Forschung ehest möglich der Vergangenheit angehören.

Zusammenfassung:

- Sofortige Aufnahmen von Gesprächen seitens der Bundesregierung mit Studierenden und Betroffenen über Ziele und Aufgaben der Universitäten und die Ermöglichung des Zugangs breiterer Bevölkerungsschichten zu höherer Bildung.
- Investitionen in Bildung und Forschung müssen nationales Anliegen werden. Ein nationaler Offensivplan für Lehre und Forschung muss unter Einbindung Betroffener, unabhängiger Expertinnen und des Parlaments die hochschulpolitische Defensive beenden.
- Wissenschaftsressort und Universitätspolitik dürfen nicht zur Spielwiese von Parteiinteressen verkommen. Kanzler und Vizekanzler haben Farbe zu bekennen und tragen Mitverantwortung österreichische Universitäten und Fachhochschulen fit für die Zukunft zu machen.
- Die Bereitstellung notwendiger Ressourcen in Form expansiver und mehrjähriger Budgets sichern der Aufholprozess Österreichs.

Hintergrund: Daten und Fakten

Jahrelange Versäumnisse, nicht Studierende sind für die Probleme der Universitäten verantwortlich.

Alle internationalen Studien und Vergleiche zeigen, dass Österreich zu wenig Studierende hat.

Die Steigerungsraten der **Abschlüsse im Tertiärbereich** liegen in Österreich mit 3.7% signifikant unter dem OECD Schnitt. Irland, Polen, Portugal, Spanien und Türkei weisen Steigerungsraten über 7% auf.

Mit einem **Prozentsatz** der 25 – 34 Jährigen, die einen **Abschluss im Tertiärbereich** aufweisen, liegt Österreich auf Platz 30 von 36 Nationen. Nur 20% verfügen über diesen Abschluss der im EU Schnitt 35% beträgt. In der Altersgruppe 25 – 64 Jahre liegt Österreich mit 17% wieder deutlich hinter dem EU Schnitt von 27%.

Studienanfängerquoten im Tertiärbereich A (Unis)

Hier liegt Österreich mit knapp 40 % im untersten Viertel der OECD Staaten, die im Schnitt 15 % höher liegen.

Übertrittsquoten vom Sekundärbereich II (Matura) in den Tertiärbereich A (Unis)

Auch hier ist Österreich Nachzügler und liegt mit 40 % unter dem OECD Schnitt (55%).

Australien, Finnland, Island, Neuseeland, Norwegen, Polen, Schweden, Slowakei und die Russische Föderation Raten über 65 %!

Der Wert von höherer Bildung wird von diesen Staaten erkannt und man hat darauf reagiert. Die Renditen für Staat und Wirtschaft sind hoch (hohe Wertschöpfung), das Risiko der Arbeitslosigkeit signifikant geringer.

Die Wahrheit über StudienabrecherInnen und Drop Outs:

Verglichen mit den mittleren Abbruchraten der EU und OECD (ca. 30%) liegt Österreich im Durchschnitt. Dem von BM Hahn und anderen kolportierten Glauben, Studiengebühren würden die Anreize schaffen Studien schneller abzuschließen, fehlt der wissenschaftliche Beweis.

Wertigkeit von Aufnahmeverfahren

Aufnahmeverfahren, insbesondere Interviews, persönliche Fragebögen und Schulnoten, zeigen beträchtliche Schwächen bezüglich der Treffsicherheit ihrer erstellten Prognosen.

Klare und wissenschaftlich objektivierbare Aussagen (Negativbeispiel Joanneum Research Studie) fehlen weitgehend (keine klaren Kontrollgruppen, lediglich Aussagen über Studierfähigkeit nicht aber Berufsfähigkeit möglich)
Punktuelle Entscheidungen/Bewertungen haben allgemein Schwächen.

Gängiger Irrtum: Studieren ist nicht gratis:

Studierende verzichten mindestens sechs Jahre auf ein Einkommen durch Erwerbsarbeit. Das ist gemessen am Lebenseinkommen kaum aufholbar. Studierende erreichen nicht die geforderten 45 Jahre SV Zeiten, was sich finanziell

negativ auswirkt. Nahezu alle staatlichen Transferleistungen werden von Studierenden durch Steuerndem Statt refundiert. Lebenshaltungskosten von zumindest 800 Euro müssen erst finanziert werden, zwei Drittel der Studierenden sind gezwungen zu arbeiten um Lebenshaltungskosten zu finanzieren (führt meist zu Studienverzögerungen). Der Prozentsatz von StudienbeihilfenbezieherInnen liegt weit unter EU Schnitt (20% gegenüber fast 50%). Skandinavische Länder sind faktisch gebührenfrei und liegen im Ranking von Bildungsparametern weit vor Österreich. Völlig falsch ist die Behauptung der arme Eisenbahner finanziert mit seinen Steuern das Studium der Reichen! Oberstes Einkommensdrittel ist bei gebührenfreiem Zugang Nettozahler, unterstes und mittleres Einkommensdrittel Nettoempfänger von Transferleistungen. Laut Untersuchungen zur sozialen Lage der Studierenden befinden sich ca. 46% der Studierenden an der Armutsgrenze (Einkommen unter 912 €).

Daher braucht Österreich mehr Studierende. Breiteren Bevölkerungsschichten sollte der Zugang in den tertiären Bildungssektor ermöglicht werden. Das Signal, dass die Unis Studierende fürchten, das Signal, dass Studierende nicht willkommen sind und nun künstliche Barrieren errichtet werden, ist gefährlich und falsch.